

# I. Antrag nach den §§ 45/46 Straßenverkehrsordnung (StVO) auf Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung

## 1. Antragsteller (verantwortlicher Bauunternehmer)

Anschrift: .....

Telefon: .....

Verantwortliche Person für die Baustellenabsicherung: .....

## 2. Gegenstand des Antrages:

Aufstellen von	Aufgraben von Straßen für	Lagern von
<input type="checkbox"/> Baugerüst	<input type="checkbox"/> Wasserversorgung	<input type="checkbox"/> Baumaterial
<input type="checkbox"/> Bauzaun	<input type="checkbox"/> Gasversorgung	<input type="checkbox"/> Baugeräte
<input type="checkbox"/> Baukran	<input type="checkbox"/> Kanalisation	<input type="checkbox"/> Sonstiges
<input type="checkbox"/> Container	<input type="checkbox"/> Kabelarbeiten	<input type="checkbox"/> .....

## 3. Lagebezeichnung der Maßnahme

Ort und Straße (Name, Klassifizierung – Bundes-, Landes-, Kreis- oder Gemeindestraße)

.....

Beanspruchung der Fahrbahn                      vorhandene                      beanspruchte B R E I T E

ja     nein                      .....                      .....

Beanspruchung des Gehweges

ja     nein                      .....                      .....

Längenmaß der Baustelle: ..... m (längs der Straße)

### Zusatzinformationen:

Gehweg auf der gegenüberliegenden Seite vorhanden:

ja    Breite: ..... m     nein     Gehweg zur Zeit noch nicht ausgebaut

## 4. Dauer der beantragten Maßnahme (voraussichtliche zeitliche Beanspruchung)

von ..... bis .....

„Mir ist bekannt, dass vor Erteilung der beantragten verkehrsrechtlichen Anordnung mit der Maßnahme nicht begonnen werden darf. Sollte die Maßnahme nicht innerhalb der Genehmigungsdauer beendet sein, werde ich rechtzeitig um Verlängerung der verkehrsrechtlichen Anordnung / Erlaubnis nachsuchen.“

.....  
(Ort)                      den .....

.....  
(Unterschrift)

Der Antrag ist vollständig – gut lesbar – auszufüllen. Anschließend ist der Antrag dem maßgeblichen Bürgermeisteramt zur Stellungnahme und Weiterleitung an das Landratsamt vorzulegen.

II. Stellungnahme des Bürgermeisteramtes .....

- a)  Bundesstraße B
- Landesstraße L
- Kreisstraße K
- Ortsstraße Name

b)  Zustimmung (die Antragsdaten bezüglich Fahrbahnbreite etc. werden hiermit bestätigt)  
evtl. Auflagen:

.....  
.....  
.....

c)  Ablehnung  
Gründe:

.....  
.....  
.....  
..... den .....

(Stempel, Unterschrift)

Hinweis:

In jedem Fall erfolgt die Weiterleitung an Polizeidirektion Heidelberg / Polizeipräsidium Mannheim.  
Bei klassifizierten Straßen ist die Einholung der Stellungnahme des Straßenbaulasträgers (Straßenbauamt Rhein-Neckar-Kreis bzw. Straßenmeisterei) notwendig.

III. Stellungnahme Straßenmeisterei / Straßenbauamt Rhein-Neckar-Kreis

Zustimmung

evtl. Auflagen: .....

.....

Ablehnung

Gründe: .....

.....

..... den .....

(Unterschrift)

IV. Stellungnahme der Polizeidirektion Heidelberg / des Polizeipräsidiums Mannheim

Zustimmung  
evtl. Auflagen siehe gesondertes Blatt

Ablehnung

Gründe:

.....

.....

..... den .....

(Unterschrift)

V. An das  
Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis  
Straßenverkehrsamt  
Postfach 104680  
69036 Heidelberg

zur Entscheidung vorgelegt.